

2/98 Erster NS-Opfer-Gedenktag am 5. Mai 1998

In dieser Ausgabe:

- Kommentar und Editorial
- Der 5. Mai: Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus (NS-Opfer-Gedenktag)
- „Papier schlägt Stein“
- Schuldgeschichte
- Österreich und die ab 1938 Vertriebenen
- Jüdischer Widerstand oder Widerstand von Juden?
- Auschwitz war nicht die Hölle, sondern ein deutsches Konzentrationslager (Martin Walser)
- Telegramm

Kommentar

Gedenken mit Büffet

Ich hatte am Jahrestag des Atombombenabwurfes über Hiroshima Gelegenheit, an einer offiziellen Gedenkveranstaltung in Deutschland teilzunehmen. Nach mehreren bedenklichen Worten führte ich freundliche und zum Teil auch interessante Gespräche bei einem sehr guten Büffet.

Dieses Erlebnis war vielleicht dazu angetan meine Nähe zur japanischen Küche zu fördern, mein Interesse für Gedenktage hat es sicherlich nicht gefördert. Insofern verfolgte ich die wenige Jahre später beginnende Debatte um die Einführung eines Tages zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus mit lediglich mäßigem Interesse. Immer wenn ich mit dieser Diskussion konfrontiert wurde, sah ich mich selbst an einem Büffet stehend, die Leibspeisen der Betrauten bei einem belanglosen Gespräch verzehrend.

Der Nationalrat hat natürlich kein Büffet im Sinn sondern vielmehr eine zu fördernde „Sensibilität gegenüber den verschiedenen Formen der Gewalt“. Sicherlich ein hohes, man möchte fast schon schreiben, ein hehres Ziel, nur hinterläßt es einen etwas schalen Nachgeschmack, wenn man bedenkt wie vage, wie allgemein hier alles formuliert ist. Mit dieser Grundmotivation hätte dieser Tag auch als „Tag gegen alles Schlechte“ begangen werden können.

Schlechtes widerfährt in Österreich aber leider immer noch in gehäufter Form jenen Menschen die bereits vor Beginn der Zweiten Republik verfolgt wurden. Zahlreiche Menschen sind bis heute nicht rehabilitiert, Gestohlenes wurde nicht zurückgegeben. Vor allem die kleineren Opfergruppen haben bis heute unter diskriminierenden Gesetzen zu leiden. So zum Beispiel die Zeugen Jehovas, deren Kirche bis heute nicht anerkannt wird oder die Homosexuellen, denen auf gesetzlicher Ebene immer noch keine Gleichbehandlung mit Heterosexuellen zugestanden wird. Auch jene Menschen, die aufgrund sogenannter Behinderungen verfolgt wurden, haben noch einen langen Weg zu Akzeptanz und Gleichbehandlung vor sich.

Wenn die Regierenden dieses Landes den 5. Mai zum Beispiel damit verbringen würden, über jene Gesetze zu diskutieren, die die Opfergruppen von damals auch heute noch als Opfergruppen erscheinen lassen, so wäre dies meiner Meinung nach ein sinnvoller Beitrag. Aber auch außerhalb der Regierungsgebäude bleibt viel zu tun. Zunächst sollte aus dem einen Gedenktag eine große Menge an Gedenktagen werden, sodaß das ganze Jahr mit ihnen gefüllt wird. Initiativen, sofern sie etwas bewirken sollen, können nicht auf einen Tag beschränkt sein, sie müssen dauerhaft sein, Fixpunkte unserer Kultur darstellen. Erst dann ließe sich vielleicht etwas gegen „Rassismus und Gewalt“ tun, wie dies im Konzept des Gedenktages gefordert wird.

In jedem Fall laden all jene, die davon sprechen, eine „Sensibilisierung gegenüber den verschiedenen Formen der Gewalt zu wecken und verstärken“ zu wollen und sich dabei tatenlos hinter gut bewachten Türen an diversen Büffets gütlich tun, Schuld auf sich.

Niko Wahl

Editorial

Liebe Leserin!

Lieber Leser!

Am 5. Mai 1998 wird in Österreich zum ersten Mal der Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus (NS-Opfer-Gedenktag) begangen. Wir haben dies zum Anlaß genommen, in GEDENKDIENTST aktuell über die Entstehungsgeschichte dieses Tages und über Formen des Gedenkens zu berichten.

Am 5. Mai selbst wird GEDENKDIENTST gemeinsam mit der Österreichischen Hochschülerinnenschaft an verschiedenen Universitäten Österreichs Vorträge zum Thema „Gedenken an den Holocaust“ anbieten.

Die Briefmarke auf der Titelseite mit dem Aufdruck „Österreich“ war kurz nach Kriegsende für einige Monate in Österreich im Umlauf. Sie ist heute Symbol für den Bruch mit den Strukturen des Nazi-Regimes, aber auch Symbol für die Kontinuität von Mentalitäten und Geisteshaltungen, die im Österreich der Zweiten Republik zum Teil bis heute nachwirken.

Kurz vor Redaktionsschluß hat uns ein Schreiben des Bundesministeriums für Inneres erreicht, in dem neben den bestehenden Einsatzstellen die Genehmigung für drei weitere erteilt wurde: Die „Fundacion Memoria del Holocausto“ in Buenos Aires, die „Internationale Jugendbegegnungsstätte“ in Auschwitz und das „Holocaust Zentrum“ in Moskau. In den nächsten Ausgaben von GEDENKDIENT aktuell werden wir ausführlich darüber berichten.

Diese Anerkennung setzt aber auch dem Verwirrspiel um den ehemaligen Obmann Andreas Maislinger, der sich in den letzten Monaten wiederholt öffentlich als Leiter des Vereins Gedenkdienst ausgegeben hatte, ein Ende.

Die Entscheidung des Innenministeriums beschließt nun die schwierige Übergangsphase, die ohne die unermüdlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von GEDENKDIENT und den großzügigen privaten Unterstützerinnen und Unterstützern wahrscheinlich gescheitert wäre.

Herzlichen Dank Ihr
Sascha Kellner

Der 5. Mai: Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus (NS-Opfer-Gedenktag)

Die Halbherzigkeit des Gedenkens oder die Bedeutung der Klammer

Mit der Einrichtung eines Gedenktages wurde vom offiziellen Österreich der formale Rahmen geschaffen, die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus wachzuhalten. Nun ist es notwendig, dieses Gedenken im Bewußtsein zu verankern und „Klammer“ ihre eigentliche Bedeutung zu nehmen

Am 11. November 1997 wurde im Nationalrat der Beschluß gefaßt, den 5. Mai, den Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen, als „Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus (NS-Opfer-Gedenktag)“ einzuführen. Die Diskussion, die diesem Beschluß vorausging, zeigt, wie sich die Republik Österreich 60 Jahre nach dem Anschluß dem Holocaust und den Geschehnissen während der Zeit des Nationalsozialismus stellt.

Mit der Einrichtung des Gedenktages wollte sich Österreich einerseits den verschiedenen Initiativen im Rahmen des „europäischen Jahres gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“ anschließen und andererseits „auch den Besonderheiten der österreichischen Zeitgeschichte Rechnung tragen.“ (O-Ton Parlamentskorrespondenz.) Anfang 1997 verlangte die Grünabgeordnete Terezija

Stoisits, den 27. Jänner, den Tag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz, als offiziellen Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus einzurichten. Im Februar 1997 griffen auch die Liberalen diese Forderung auf und verwiesen darauf, daß in Deutschland seit 1996 der 27. Jänner als offizieller Holocaustgedenktag verankert ist.

Tatsächlich ging die Diskussion in Österreich auf die Initiative des an der Uni Erlangen-Xürnberg wirkenden Psychologieprofessor Dr. Hans Werbik zurück. Dem Auslandsösterreicher Werbik, nach eigener Definition „Sohn von Mitläufern“, störte es, daß Österreich im Gegensatz zu Deutschland keinen offiziellen Holocaustgedenktag hatte.

Werbik startete schon 1993 zusammen mit Karl-Heinz Kope von Pax Christi in Deutschland eine Initiative, um den Jom Ha-shoa, den jüdischen Holocaustgedenktag, auch in Deutschland zum Gedenktag an die Opfer des Holocaust zu erklären. Damals blieb er mit seiner Initiative allerdings allein. Dennoch verfolgte er in Deutschland weiterhin die Diskussion um die Einrichtung eines Gedenktages.

Als im Mai 1995 der Zentralrat der Juden zustimmte, in Deutschland den 27. Jänner als Tag des Gedenken an die Holocaustopfer einzurichten, richtete Werbik sogleich einen Brief an Nationalratspräsident Dr. Heinz

Fischer mit dem Vorschlag, auch in Österreich den 27. Jänner zum Gedenktag zu erklären. Daneben schrieb Werbik auch Briefe mit gleichen Inhalt an Bundespräsident Klestil, dem damaligen Bundeskanzler Vranitzky und an den damaligen Erzbischof Schönborn. Die Reaktionen darauf waren zurückhaltend. Schönborn äußerte Vorbehalte gegen den Sinn von „Gedenktagen“ an sich und Bundespräsident Klestil erklärte, daß nicht er, sondern die Bundesregierung dafür zuständig sei. Der so angesprochene Vranitzky wollte hingegen vermeiden, daß ein „künstlicher Gedenktag kommt, der von der Bevölkerung nicht wirklich wahrgenommen wird.“ (Die Presse, 27. Jänner 1997)

Rechtslage als Hindernis vorgeschoben

Schließlich einigte man sich darauf, daß sich das „Kuratorium des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus“ mit der Sache beschäftigen sollte.

Die Frage schien sich an gesetzlichen Richtlinien und an Kompetenzschwierigkeiten zu spießen. In der Bundesverfassung sei die Einrichtung von Gedenktagen nicht vorgesehen und auch sonst durch kein Gesetz geregelt, argumentierte man zunächst im Bundeskanzleramt. Erst eine verfassungsrechtliche Prüfung durch das Bundeskanzleramt klärte die Rechtslage.

Inzwischen hatte Prof. Wer-bik zusammen mit 25 Persönlichkeiten des politischen und kulturellen Lebens in Österreich eine Bürgerinitiative gegründet, die sich in einem Aufruf im April 1997 an Bundeskanzler Klima und Nationalratspräsident Fischer für die Einführung eines jährlich wiederkehrenden „Gedenktages an die Opfer des Nationalsozialismus“ für den 27. Jänner einsetzte. Unterzeichnerinnen dieses Aufrufs

waren unter anderem Paul Grosz, Volker Kier, Ferdinand Lacina, Anton Pelinka, Terezija Stoisits, Erika Weinzierl und Simon Wiesenthal.

Der so angesprochene Nationalratspräsident Fischer ging nun daran, einen - für alle im Parlament vertretenen Parteien - tragbaren Kompromißantrag zu formulieren.

An welchem Tag soll Österreich gedenken?

Bald kristallisierte sich heraus, daß der 27. Jänner als Termin für den Gedenktag aus österreichischer Sicht nicht tragbar sei, würde man doch so den Eindruck erwecken, nur nachzuvollziehen, was in Deutschland bereits einhalb Jahre früher beschlossen wurde. Kurz war auch der 9. November, der Tag der Reichspogromnacht, als Termin im Gespräch. Doch wollte man vermeiden, daß sich unter Umständen andere Opfergruppen des Holocaust, wie Roma und Sinti, Homosexuelle und Zeugen Jehovas, mit diesem rein jüdischen Gedenktag nicht vollständig identifizieren könnten. Der 8. Mai, Tag der Kapitulation des Nazi-Regimes vor den Alliierten, wurde von jenen abgelehnt, die das Gedenken an die Leiden der Opfer des Holocaust von dem der Leiden der Bevölkerung unter dem nationalsozialistischen Regime trennen wollten. So gelangte man schließlich zur Auffassung, daß der 5. Mai, der Tag der Befreiung des „nationalen“ Konzentrationslagers Mauthausen, wohl am geeignetsten sei.

Wie soll der Gedenktag genannt werden?

Doch war nun wiederum die Bezeichnung „Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus“ der deutschen Bezeichnung „Tag des Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus“ zu ähnlich. Zum Glück gab es da aber noch den Beschluß des europäischen Parlaments vom 27. April 1995, der alle Mitgliedsstaaten der Union aufforderte, in ihrem Land einen Holocaustgedenktag einzuführen. So wollte man, in Anlehnung an das „Europäische Jahr gegen Gewalt und Rassismus“ den Tag als „Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus“ bezeichnen.

Daß durch diese Bezeichnung aber die ursprüngliche Intention, der Opfer des Holocaust zu gedenken, nicht einmal mehr im Namen vorkam, ging nun doch etwas zu weit in Richtung Entschärfung des Gedenkens. Als nun die Grünen am 17. Oktober 1997 androhten, die fünf Parteien Initiative zur Einrichtung des Gedenktages nicht mehr mittragen zu wollen und auf der Bezeichnung „Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus“ beharrten, fand man in letzter Minute doch noch einen Kompromiß: Die offizielle Bezeichnung lautet nun „Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus (NS-Opfer-Gedenktag).“

Bezugspunkte der österr. Geschichtsdeutung:

Von Moskau nach Brüssel?

Es scheint, daß die „Besonderheit der österreichischen Zeitgeschichte“ (O-Ton Parlamentskorrespondenz) durch die europäische Dimension des „Jahres gegen Gewalt und Rassismus“ in die Klammer verdrängt wurde. Über Jahrzehnte benutzte das offizielle Österreich die „Moskauer Erklärung der Alliierten“ aus dem Jahr 1943, um sich als erstes Opfer des Nationalsozialismus der Welt zu präsentieren. So konnte man von der Mitverantwortung unserer Gesellschaft an der Ideologie des Nationalsozialismus und der Geschehnisse während des Holocaust ablenken. Nun scheint es, daß die „europäische Perspektive“ den klaren Blick auf die eigene Geschichte abermals trüben würde.

Mit der Einrichtung dieses Gedenktages wurde vom offiziellen Österreich der formale Rahmen geschaffen, das Andenken an die Opfer des Nationalsozialismus in unserer Gesellschaft wachzuhalten. Nun sind die öffentlichen und privaten Institutionen und Initiativen gefordert, dieses Gedenken aktiv im Bewußtsein unserer Gesellschaft zu verankern und der „Klammer“ ihre eigentliche Bedeutung zu nehmen . . .

Christian Klösch

„Papier schlägt Stein“

Projekt der namentlichen Erfassung der österreichischen Holocaustopfer

„...ein notwendiger Akt des Gedenkens, der die Opfer vor dem Versinken In Anonymität und Vergessen bewahrt“

Als Simon Wiesenthal das Mahnmal zur Erinnerung an die dem Naziregime zum Opfer gefallenen Österreichischen Juden initiierte, dachte er an einen Gedenkstein, in welchem alle Namen der Toten eingraviert sein würden. Dieser Wunsch Wiesenthals scheiterte jedoch an der peinlichen Tatsache, daß - mehr als ein halbes Jahrhundert nach dem Anschluß - das Schicksal der aus Österreich deportierten Juden noch immer nicht zur Gänze erforscht ist. Man kennt weder alle Namen, noch die genaue Anzahl der österreichischen Opfer des Holocaust.

Bereits seit längerer Zeit arbeitet das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) daran, diesem untragbaren Zustand ein Ende zu bereiten. Im Rahmen des Projekts „Namentliche Erfassung der österreichischen Holocaustopfer“ erfolgt eine aufwendige und zum Teil sehr schwierige Spurensuche, um Licht auf das Schicksal jener zu werfen, die zwischen 1938 und 1945 der nationalsozialistischen Gewalt zum Opfer fielen.

Daß eine erfolgreiche Durchführung dieses Vorhabens nur durch Kooperationen auf internationaler Ebene möglich sein würde, war von Anfang an klar. Ausgangspunkt bildeten die im Archiv von Yad Vashem, Israels nationaler Holocaust-Gedenkstätte, aufbewahrten Deportationslisten, welche für die Großtransporte aus Wien (ca. 48.000 Menschen) und aus Frankreich (ca. 2.000 bis 2.500 Menschen) erstellt wurden. Im vergangenen Jahr wurde eine Partnerschaft mit dem US Holocaust Memorial Museum eingegangen. Eine eigene Abteilung beschäftigt sich in Amerikas nationalem Holocaust- Museum mit einem ähnlichen Projekt der Namens erfassung von Verfolgten des Nazi-Regimes, jedoch konzentriert man sich in der US-Hauptstadt auf die Registrierung der Überlebenden. Diese Kooperation ermöglicht unter anderem den Zugriff auf 33.700 Datensätze, die aus Listen hervorgehen, welche in der in New York angesiedelten, deutschsprachigen „Emigrantenzzeitung“ Der Aufbau in den Jahren 1945/46 veröffentlicht wurden. Auf großes Interesse - vor allem unter der Gemeinde der ehemaligen Österreicher - stieß vergangener Sommer der vom Research Institute des Washingtoner Holocaust Memorial Museums organisierte Gastvortrag, in dessen Rahmen die Historiker Hans Safran und Florian Freund das Projekt sowie die von ihnen verfaßte Begleitpublikation Verbreitung und Ermordung - Zum Schicksal der österreichischen Juden 1938-1945 präsentierten.

Zusammenarbeit zwischen DÖW und Theresienstädter Initiative

Auch mit der Theresienstädter Initiative wird eine enge Zusammenarbeit angestrebt, um das Schicksal der aus Österreich nach Böhmen und Mähren geflüchteten Juden, die 1938/39 in den deutschen Machtbereich kamen und nach Theresienstadt oder in andere Lager verschleppt wurden, zu erforschen. Hierbei tritt „Gedenkdienst quasi als Bindeglied“ zwischen dem DÖW und der in Prag angesiedelten Stiftung auf, erklärt der ehemalige Gedenkdienstleistende in Tschechien, Dominik Walch. Die zukünftigen Gedenkdienstleistenden an der Theresienstädter Initiative werden nämlich mit der Sichtung und Sammlung von Hinweisen und Dokumenten in den einschlägigen Archiven Tschechiens beschäftigt sein. Die so zusammengetragenen Quellen werden systematisch nach archivarischen Kriterien elektronisch erfaßt und den Autoren einer geplanten Publikation zur Verfügung gestellt, welche das tschechische Exil 1938 - 1940/41, die Deportation nach Theresienstadt und die Ermordung der österreichischen Juden zum Inhalt haben wird.

Parallel zur Sammlung der weltweit verstreuten Quellen erfolgte die Auswertung österreichischer Datenbestände. Bei spielsweise wurden 120.000 Akten der Wiener Opferfürsorge gesichtet und relevante Informationen in die Datenbank aufgenommen. Kleinere Bestände hat man von Initiativen wie „Projekt Kündigung jüdischer Mieter aus Wiener Gemeindebauten“ oder „Projekt Juden in Tirol und Vorarlberg“ übernommen. Insgesamt wurden im Rahmen der namentlichen Erfassung der österreichischen Holocaustopfer bisher 235.000 Datensätze gestellt, die in 35 miteinander verknüpfbaren Datenbanken gespeichert sind. Somit sind Namen, Geburtsdaten und - soweit eruiert - Todesdatum und -ort von etwa 58.000 Opfern aufgezeichnet. Innerhalb der nächsten drei Jahre soll der Großteil der noch

ausstehenden Geburts- und Sterbedaten der schätzungsweise 65.000 ermordeten Österreichischen Juden ermittelt werden.

Für DÖW-Mitarbeiter Dr. Florian Freund soll das Projekt belegen und nachvollziehbar machen, daß es sich bei den österreichischen Juden um „keine rein statistische Zahl von Opfern“, sondern um „zehntausende Einzelschicksale von konkreten Männern, Frauen und Kindern“ handelte. Durch das Erfassen der Namen und die Rekonstruktion der Einzelschicksale soll „individuelle Erinnerung ermöglicht werden“. Ähnlich argumentiert der wissenschaftliche Leiter des DÖW, Dr. Wolfgang Neugebauer, der das Projekt als „einen notwendigen Akt des Gedenkens, der die Opfer vor dem Versinken in der Anonymität und vor dem Vergessen bewahrt“, sieht.

Die Opfer wurden nicht nur aller materiellen Güter beraubt, sondern auch ihrer Identität

Bevor Juden massenweise in den Todeslagern ermordet wurden, fand ein Prozeß der Entmenschlichung statt. Die sogenannten „Untermenschen“ wurden auf brutalste Art und Weise aus ihrem sozialen Umfeld gedrängt, zusammengewürdet und in Viehwaggons in Ghettos und Konzentrationslager gebracht. Wohl kein anderer Vorgang verdeutlichte die nationalsozialistische Strategie der „De-Humanisierung“ eingehender, als die Tätowierung zur Identifikation der Häftlinge. Dadurch wurden Menschen endgültig zu Nummern herabgesetzt. Die Opfer waren somit nicht nur aller materiellen Güter beraubt, sondern auch ihrer Identität.

Durch das Projekt „Namentliche Erfassung der österreichischen Holocaustopfer“ soll den Verfolgten ihre Identität, ihr Anspruch auf menschliche Würde „zurückgegeben“ werden.

Ein Buch mit den Namen aller Opfer wäre wichtiger als eine Bibliothek aus Beton. Dies ist ein Beitrag, den der Betonklotz - eine nach innen gestülpte Bibliothek repräsentierende -, welcher schließlich in einem Künstlerwettbewerb zum Siegerbeitrag für das eingangs erwähnte Mahnmal gekürt wurde und nun doch definitiv am Judenplatz aufgestellt werden wird, nicht wirklich leisten kann. Um den Zweck des Mahnmals für den Betrachter zu verdeutlichen, soll der Stein mit folgender Inschrift versehen werden:

„Zum Gedenken an die mehr als 65 000 österreichischen Juden, die in der Zeit von 1938 bis 1945 von den Nationalsozialisten ermordet wurden“. Aus diesen Worten läßt sich schließen, daß das Denkmal kollektiv an eine anonyme Masse von Opfern, deren Zahl nicht genau festgemacht werden kann, erinnert. Die ehemalige Wienerin Elizabeth Koenig, die als Jugendliche auf abenteuerliche Weise den Nazi-Schergen entkommen konnte, bringt es auf den Punkt: „Ein einzelnes Gedenkbuch mit allen Namen der österreichischen Holocaustopfer ist meines Erachtens von größerer Bedeutung, als eine ganze Bibliothek aus Beton.“

PS: Mittlerweile haben die Mahnmal-Erbauer die Bedeutung der Namenserfassung freilich erkannt. Eine Einbindung des DÖW-Projekts - ein in der Mahnmalumgebung plaziertes Computer-Terminal soll für die Abrufbarkeit der gesamten Datenbank sorgen - ist geplant.

Helmut Prochart

„Papier schlägt Stein“

Projekt der namentlichen Erfassung der österreichischen Holocaustopfer

„...ein notwendiger Akt des Gedenkens, der die Opfer vor dem Versinken in Anonymität und Vergessen bewahrt“

Als Simon Wiesenthal das Mahnmal zur Erinnerung an die dem Naziregime zum Opfer gefallenen Österreichischen Juden initiierte, dachte er an einen Gedenkstein, in welchem alle Namen der Toten eingraviert sein würden. Dieser Wunsch Wiesenthals scheiterte jedoch an der peinlichen Tatsache, daß - mehr als ein halbes Jahrhundert nach dem Anschluß - das Schicksal der aus Österreich deportierten Juden noch immer nicht zur Gänze erforscht ist. Man kennt weder alle Namen, noch die genaue Anzahl der österreichischen Opfer des Holocaust.

Bereits seit längerer Zeit arbeitet das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) daran, diesem untragbaren Zustand ein Ende zu bereiten. Im Rahmen des Projekts „Namentliche Erfassung der österreichischen Holocaustopfer“ erfolgt eine aufwendige und zum Teil sehr schwierige

Spurensuche, um Licht auf das Schicksal jener zu werfen, die zwischen 1938 und 1945 der nationalsozialistischen Gewalt zum Opfer fielen.

Daß eine erfolgreiche Durchführung dieses Vorhabens nur durch Kooperationen auf internationaler Ebene möglich sein würde, war von Anfang an klar. Ausgangspunkt bildeten die im Archiv von Yad Vashem, Israels nationaler Holocaust-Gedenkstätte, aufbewahrten Deportationslisten, welche für die Großtransporte aus Wien (ca. 48.000 Menschen) und aus Frankreich (ca. 2.000 bis 2.500 Menschen) erstellt wurden. Im vergangenen Jahr wurde eine Partnerschaft mit dem US Holocaust Memorial Museum eingegangen. Eine eigene Abteilung beschäftigt sich in Amerikas nationalem Holocaust-Museum mit einem ähnlichen Projekt der Namenserfassung von Verfolgten des Nazi-Regimes, jedoch konzentriert man sich in der US-Hauptstadt auf die Registrierung der Überlebenden. Diese Kooperation ermöglicht unter anderem den Zugriff auf 33.700 Datensätze, die aus Listen hervorgehen, welche in der in New York angesiedelten, deutschsprachigen „Emigrantenzentrum“ Der Aufbau in den Jahren 1945/46 veröffentlicht wurden. Auf großes Interesse - vor allem unter der Gemeinde der ehemaligen Österreicher - stieß vergangener Sommer der vom Research Institute des Washingtoner Holocaust Memorial Museums organisierte Gastvortrag, in dessen Rahmen die Historiker Hans Safrian und Florian Freund das Projekt sowie die von ihnen verfaßte Begleitpublikation Verbreitung und Ermordung - Zum Schicksal der österreichischen Juden 1938-1945 präsentierte.

Zusammenarbeit zwischen DÖW und Theresienstädter Initiative

Auch mit der Theresienstädter Initiative wird eine enge Zusammenarbeit angestrebt, um das Schicksal der aus Österreich nach Böhmen und Mähren geflüchteten Juden, die 1938/39 in den deutschen Machtbereich kamen und nach Theresienstadt oder in andere Lager verschleppt wurden, zu erforschen. Hierbei tritt „Gedenkdienst quasi als Bindeglied“ zwischen dem DÖW und der in Prag angesiedelten Stiftung auf, erklärt der ehemalige Gedenkdienstleistende in Tschechien, Dominik Walch. Die zukünftigen Gedenkdienstleistungen an der Theresienstädter Initiative werden nämlich mit der Sichtung und Sammlung von Hinweisen und Dokumenten in den einschlägigen Archiven Tschechiens beschäftigt sein. Die so zusammengetragenen Quellen werden systematisch nach archivarischen Kriterien elektronisch erfaßt und den Autoren einer geplanten Publikation zur Verfügung gestellt, welche das tschechische Exil 1938 - 1940/41, die Deportation nach Theresienstadt und die Ermordung der österreichischen Juden zum Inhalt haben wird.

Parallel zur Sammlung der weltweit verstreuten Quellen erfolgte die Auswertung österreichischer Datenbestände. Bei spielsweise wurden 120.000 Akten der Wiener Opferfürsorge gesichtet und relevante Informationen in die Datenbank aufgenommen. Kleinere Bestände hat man von Initiativen wie „Projekt Kündigung jüdischer Mieter aus Wiener Gemeindebauten“ oder „Projekt Juden in Tirol und Vorarlberg“ übernommen. Insgesamt wurden im Rahmen der namentlichen Erfassung der österreichischen Holocaustopfer bisher 235.000 Datensätze erstellt, die in 35 miteinander verknüpfbaren Datenbanken gespeichert sind. Somit sind Namen, Geburtsdaten und - soweit eruiert - Todesdatum und -ort von etwa 58.000 Opfern aufgezeichnet. Innerhalb der nächsten drei Jahre soll der Großteil der noch ausstehenden Geburts- und Sterbedaten der schätzungsweise 65.000 ermordeten Österreichischen Juden ermittelt werden.

Für DÖW-Mitarbeiter Dr. Florian Freund soll das Projekt belegen und nachvollziehbar machen, daß es sich bei den österreichischen Juden um „keine rein statistische Zahl von Opfern“, sondern um „zehntausende Einzelschicksale von konkreten Männern, Frauen und Kindern“ handelte. Durch das Erfassen der Namen und die Rekonstruktion der Einzelschicksale soll „individuelle Erinnerung ermöglicht werden“. Ähnlich argumentiert der wissenschaftliche Leiter des DÖW, Dr. Wolfgang Neugebauer, der das Projekt als „einen notwendigen Akt des Gedenkens, der die Opfer vor dem Versinken in der Anonymität und vor dem Vergessen bewahrt“, sieht.

Die Opfer wurden nicht nur aller materiellen Güter beraubt, sondern auch ihrer Identität

Bevor Juden massenweise in den Todeslagern ermordet wurden, fand ein Prozeß der Entmenschlichung statt. Die sogenannten „Untermenschen“ wurden auf brutalste Art und Weise aus ihrem sozialen Umfeld gedrängt, zusammengewürdet und in Viehwaggons in Ghettos und Konzentrationslager gebracht. Wohl

kein anderer Vorgang verdeutlichte die nationalsozialistische Strategie der „De-Humani-sierung“ eingehender, als die Tätowierung zur Identifikation der Häftlinge. Dadurch wurden Menschen endgültig zu Nummern herabgesetzt. Die Opfer waren somit nicht nur aller materiellen Güter beraubt, sondern auch ihrer Identität.

Durch das Projekt „Namentliche Erfassung der österreichischen Holocaustopfer“ soll den Verfolgten ihre Identität, ihr Anspruch auf menschliche Würde „zurückgegeben“ werden.

Ein Buch mit den Namen aller Opfer wäre wichtiger als eine Bibliothek aus Beton. Dies ist ein Beitrag, den der Betonklotz - eine nach innen gestülpte Bibliothek repräsentierende -, welcher schließlich in einem Künstlerwettbewerb zum Siegerbeitrag für das eingangs erwähnte Mahnmal gekürt wurde und nun doch definitiv am Judenplatz aufgestellt werden wird, nicht wirklich leisten kann. Um den Zweck des Mahnmals für den Betrachter zu verdeutlichen, soll der Stein mit folgender Inschrift versehen werden:

„Zum Gedenken an die mehr als 65 000 österreichischen Juden, die in der Zeit von 1938 bis 1945 von den Nationalsozialisten ermordet wurden“. Aus diesen Worten läßt sich schließen, daß das Denkmal kollektiv an eine anonyme Masse von Opfern, deren Zahl nicht genau festgemacht werden kann, erinnert. Die ehemalige Wienerin Elizabeth Koenig, die als Jugendliche auf abenteuerliche Weise den Nazi-Schergen entkommen konnte, bringt es auf den Punkt: „Ein einzelnes Gedenkbuch mit allen Namen der österreichischen Holocaustopfer ist meines Erachtens von größerer Bedeutung, als eine ganze Bibliothek aus Beton.“

PS: Mittlerweile haben die Mahnmal-Erbauer die Bedeutung der Namensfassung freilich erkannt. Eine Einbindung des DÖW-Projekts - ein in der Mahnmalumgebung plaziertes Computer-Terminal soll für die Abrufbarkeit der gesamten Datenbank sorgen - ist geplant.

Helmut Prochart

Schuldgeschichte

Zur Jahrtausendwende bemüht sich die römisch-katholische Kirche, sich mit ihren Verfehlungen gegenüber dem jüdischen Volk ouseinanderzusetzen. Alle diese Schuldbekennnisse sind von Ernsthaftigkeit und Bemühen getragen. Heute ist ganz klar: Jede Form von Judenfeindschaft wird von der Kirche verurteilt. Dennoch kommt diesen Erklärungen stets wieder die eigene Theologie in die Quere, wodurch diese Aussagen bisweilen zu kurz gegriffen erscheinen. Zwar ist klar, daß die Kirche stets der Buße und Erneuerung bedarf, doch kennt etwa der Katechismus Schuld und Sünde nur als individuelles Fehlverhalten. Johannes Paul II. nahm vergangenen Herbst ausdrücklich die „Kirche als solche“ aus der Verantwortung in diesem Zusammenhang heraus. Er sprach von einzelnen Christen, die das Neue Testament jüdenfeindlich verstanden hätten.

Unser Wirtschaftssystem, das Armut und Ausgrenzung produziert, ist mehr als die Summe unmoralischer Handlungen. Im Bereich der Wirtschaft spricht der Papst von „Strukturen der Sünde“. Aber auch Judenfeindschaft, von der Predigt bis zu gewalttätigen Exzessen, ist mehr als nur Verfehlungen einzelner irregeleiteter Christen. Die Veränderungen seit dem 2. Vatikanischen Konzil sind epochal. Aber im Vergleich zur Schuldgeschichte davor ist es eine kurze Zeitspan für ne. Wir dürfen gespannt sein, wie sich diese Auseinandersetzung, auf theologische Reflexion und praktische Durchführung von Riten der Reue, des Gedenkens bei struktureller Schuld auswirken.

Dr. Markus Himmelbauer, Pädag. Mitarbeiter des Koordinierungsausschusses für Christlich-jüdische Zusammenarbeit

Österreich und die ab 1938 Vertriebenen

Aus dem Archiv von Albert Sternfeld

Beim Lesen zwischen den Zeilen zeigt sich ein beschämender Umgang des offiziellen Österreich mit den Opfern des Nationalsozialismus

Die materiellen Erfolge im Zuge der „Arisierungen“, die Möglichkeit zur plötzlichen Bereicherung, Macht- und Herrschaftserfahrungen ehemaliger Wehrmachtssoldaten und NSDAP-Mitglieder bildeten identitätsstiftende Erfahrungen der Zweiten Republik, die aber als wahrarithmetische Faktoren in das Kalkül der österreichischen Nachkriegsparteien Einzug hielten. Zur Integration ehemaliger Nationalsozialisten meint Albert Sternfeld, der sich seit dem Jahr 1986 für die innenpolitische und gesellschaftliche Akzeptanz eines NS-Opfer-Fonds bemühte, im Interview mit Karin Liebhart: „Nach anfänglichem Zaudern, wo man schon ein bissl hinausgeschickt hat: ‚Was sagen die Alliierten? Wie werden die reagieren?‘, ging es im Gleichschritt. Manchmal hat eine Partei den ersten Schritt gemacht, die andere im anderen Bundesland, aber nach einigen Monaten ging man im Gleichschritt. Man hatte dieselben Interessen.“

Erbloser Besitz von NS-Opfern für Entschädigungen an Nazis

Der „Verband der Unabhängigen“, der bei den Nationalratswahlen von 1949 und 1953 als Sammelbecken ehemaliger Nazis, von „Ariseuren“ und sonstigen Profiteuren große Erfolge erzielte, trat für die „Unteilbarkeit des Leides“ ein und verlangte im Jahr 1953, daß das gesamte erblose Vermögen ermordeter NS-Opfer für Entschädigungen an Nazis herangezogen würde, die geraubtes Eigentum rückerstatten mußten. Gleichzeitig sollte eine Entschädigung auf in Österreich lebende Personen beschränkt bleiben.

Maßnahmen der Zweiten Republik in der Frage der materiellen Entschädigung blieben in der Tat bis zum NS-Opfer-Gesetz aus dem Jahr 1995 von diesem Gedanken bestimmt, und wenn sich die Regierung zu einem Entschädigungsgesetz für nicht nach Österreich zurückgekehrte Vertriebene durchringen konnte, so waren die Fristen dermaßen eng gesetzt, daß es praktisch unmöglich war, rechtzeitig davon zu erfahren und alle erforderlichen Auflagen korrekt zu erfüllen. Zuerkennungen nach dem Opferfürsorgegesetz sind, wie Brigitte Bailer zeigt, bis heute an den Besitz der österreichischen Staatsbürgerschaft gebunden.

Das Verhältnis zu den Vertriebenen änderte sich mit dem Jahr 1986, als das offizielle Österreich das aus der Waldheim-Affäre hervorgegangene Image als für das Ausland korrekturbedürftig zu betrachten begann. Im Inland sammelte unterdessen Jörg Haider die durch Waldheim mobilisierten Stimmen aus dem braunen Eck und zollte den „Angehörigen der Kriegsgeneration“ unentwegt Respekt für ihren damaligen Einsatz für „Heimat“ und „Vaterland“ und für die in den nachfolgenden Jahren erbrachte „Aufbauleistung“. In dieser Konstellation führten die beiden Großparteien ihren argumentativen Eiertanz um das NS-Opfer-Gesetz auf, der sich auf die Regierungserklärung Franz Vranitzkys vom 8.7.1991 stützte und den Günter Traxler im „Standard“ als eine „Fortbeschreibung einer kollektiven Schuld der beiden Großparteien“ bezeichnete.

Kollektivschuld und kollektive Verantwortung

Als Sternfeld im Jahr 1992 einen Drei-Punkte-Plan zur Lösung der Frage der Entschädigung im Bundeskanzleramt präsentierte und in diesem für eine einmalige Entschädigungssumme, für die Rückgabe der österreichischen Staatsbürgerschaft wie für die Öffnung von Fallfristen in Fällen von Fristversäumnis im Bereich der materiellen Rückstellung plädierte, mühten sich österreichische Spitzenpolitiker damit ab, den Vorwurf einer „Kollektivschuld“, den es außerhalb revisionistischer Diskurse nicht gab, zu relativieren. Franz Vranitzkys Differenzierung zwischen „Kollektivschuld“ und „kollektiver Verantwortung“ in seiner Rede in Jerusalem im Juni 1993 war für Medien wie die „Neue Kronen Zeitung“ und „Die Presse“ akzeptabel. Für einen „Staberl“ strukturierte sich die „Sippenhaftung“

einer Erklärung der Mitschuld der Österreicher am Holocaust ähnlich wie die „scheußlichsten Brutalitäten des Hitler-Regimes“.

Am 16. Juli 1994 wurde im Nationalrat der Entschließungsantrag über die Errichtung eines Fonds aus Anlaß des 50. Jahrestages der Zweiten Republik vorgetragen. Aufhänger für diesen Initiativantrag war ein Petitionsbericht für nicht entschädigte Aus Siedlerinnen aus dem „Döllersheimer Ländchen“, womit die Entschädigung von damals noch 30.000 überlebenden vertriebenen Jüdinnen und Juden, ungeachtet der Zahl der verfolgten österreichischen Roma und Sinti, Homosexuellen, „Asozialen“ und anderer Opfergruppen, der „politischen Lösung“ der Entschädigung von 180 Döllersheimer Bauern untergeordnet wurde. Nur für den Abgeordneten der Grünen Johannes Voggenhuber gab dies Anlaß für Kritik, während die FPÖ einen Gegenantrag zur Errichtung eines „Nationalfonds für Opfer der Gewalt im ‚Schrecklichen Jahrzehnt, von 1938 bis 1948‘“ einbrachte. Den Entschließungsantrag kommentierte Sternfeld: „[...] es scheint System in der Sache zu sein. Wieder hat man unsere Sache (ohne uns zu nennen) hinter einer anderen versteckt.“

Mit der Beschlußfassung des Gesetzes kam die Taktik der Verlagerung in ihre Endrunde. Für ein letztes Crescendo sorgte ÖVP-Klubobmann Andreas Khol im Mai 1995, als er an NS-Opfer erbrachte Leistungen in österreichischen Medien mit völlig irrealen Zahlen darstellte und an einem Rechtfertigungsdiskurs anknüpfte, mit dem Krone-Kolumnist Richard Nimmerrichter die Israelreise 1994 von Thomas Klestil nachträglich abqualifizierte. Auf Betreiben der ÖVP wurde die Präambel zum Bundesgesetz, in der die Mitverantwortung Österreichs an den Verbrechen des Nationalsozialismus festgehalten wurde, gestrichen. Zur Debatte im Nationalrat, in der SPÖ-Politiker nicht müde wurden, mit der Zurückweisung einer Kollektivschuld zu argumentieren, während ÖVP-Politiker in dieser Frage ihrer Meinung nach bereits erbrachte Leistungen betonten, schreibt Sternfeld: „Wie ich erwartet hatte, hat die F für den Antrag gestimmt, ein kluger taktischer Zug des Dr. Haider; zu verstehen im Sinne seiner Reden in den USA. Zutiefst beeindruckend, überzeugend und glaubwürdig war der Abg. Voggenhuber von den Grünen, der sich in unserer Sache ernstlich engagiert hatte. Die Ablehnung durch die Grünen beruht darauf, daß sie das Gesetz für unzureichend halten. Klubobmann Kostelka von der SP war der zweite, sein ÖVP-Kollege Dr. Khol der vierte Redner. Sie stellten die Linie der Regierung dar. [...] Was die beiden Herren sagten, ist eine beschämende moralische Bankrotterklärung dieser Regierung. [...] Ein weiterer ÖVP-Abgeordneter besuchte mich in der Presseloge und beruhigte mich (als ob es um meine persönliche Entschädigung ginge), indem er sagte: ‚Wenn’s noch nix kriegt haben oder nicht genug, sehen’s, dann kriegen’s jetzt was‘.“

Sabine Mayr

Buchtip:

„Die Entdeckung der Verantwortung“ – Die Zweite Republik und die vertriebenen Juden, Anton Pelinka, Sabine Mayr (Hg.), Verlag Braumüller, 1997

Jüdischer Widerstand oder Widerstand von Juden?

Zur Geschichte und Rezeption von Widerstand

Ähnliche Ziele im Widerstand bedeuteten weder gemeinsames Vorgehen noch gegenseitige Unterstützung.

Für viele von uns ist Widerstand ein positiver Begriff, Widerstand gegen rechtsextreme Gruppierungen, Widerstand gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind bekannte Schlagworte der letzten Jahre. Identifikationen liegen nahe, Widerstandsaktivität ist Teil einer , harmonischen Selbstwahrnehmung, obwohl sie nur in seltenen Fällen von einer breiten Bevölkerungsmehrheit aktiv getragen worden ist. Beschäftigung mit Widerstand ist insofern auch ein selbstbezügliches Thema.

Gegen Nationalsozialismus gab es weltanschaulich sehr unterschiedliche Widerstandsgruppen, von konservativen Gruppen in der Wehrmacht, die jahrelang den Erfolg des Systems mitgetragen hatten über Partisanengruppen in besetzten Gebieten bis zu kommunistischen Widerstandskämpfern vom ersten Tag der Machtübernahme an. Ähnliche Ziele bedeuteten nicht unbedingt gemeinsames Vorgehen, wie das Verhalten der polnischen Untergrundarmee während des Warschauer Ghettoaufstandes auf sehr bittere Art belegt: „Wenn Sie an meinem Herz lecken könnten, würden Sie sich vergiften“, sagte Jitzchak Zuckermann, einer der Ghettokämpfer in Warschau, zu Claude Lanzmann über das Fehlschlagen seines Versuches, Waffen für den Ghettoaufstand von der polnischen Untergrundarmee zu organisieren.

Von der Verweigerung der Einhaltung von Gesetzen bis zum aktiven bewaffneten Widerstand gegen Repräsentanten des nationalsozialistischen Staates gab es Aktivitäten, durch die Männer wie Frauen die eigene Situation, die Situation anderer oder den eigenen Tod menschenwürdiger zu gestalten versuchten. Den Widerstandsaktivitäten standen Gestapo, Gendarmerie und Polizei, Einsatzgruppen und schließlich die Wehrmacht, alle schwer bewaffnet, als offensichtliche Gegner gegenüber. Schwerer einzuschätzen war die Bevölkerung des Dritten Reiches und der besetzten Gebiete, die eine ebenso große Gefahrenquelle für Menschen im Widerstand waren, da sie mit Denunziationen oder zumindest Lethargie rechnen mußten. Die Bedingungen des Widerstands wurden durch die deutsche Strategie der kollektiven Verantwortlichkeit der betroffenen Gruppe erschwert, außerdem wurden die zur Vernichtung bestimmten Menschen isoliert, durch falsche Informationen getäuscht und mit absolutem Terror eingeschüchert. So sprach sich zum Beispiel der Wilnaer Vorsitzende des Judenrates gegen offene Widerstandsaktivitäten aus, um das Ghetto durch Arbeitseinsätze, auf die - wie er glaubte - die Nationalsozialisten angewiesen waren, zu retten. Im Ghetto von Bialystok, wo es während der Liquidation einen Aufstand von Widerstandsgruppen gab, wurden Rufe laut, nicht alle ins Unglück zu stürzen, da die Nationalsozialisten ja nur „Teile des Ghettos zum Arbeitseinsatz verlegten“.

Ideologische Bewertung von Widerstand.

Der Umgang mit Widerstand nach dem Zweiten Weltkrieg stand größtenteils im Zeichen der Grundhaltungen der neuen Regierungen. Die Diskussionen um kommunistischen Widerstand in der BRD, um konservativen Widerstand in der DDR, das Gedenken an konservativen Widerstand in der BRD und an kommunistischen Widerstand in der DDR stehen exemplarisch für den Umgang mit Widerstand, ebenso das hartnäckige Vergessen von Frauen im (bewaffneten) Widerstand. In Österreich wurden - bedingt durch den Opfermythos - einige Menschen im nachhinein zu Widerständigen gemacht.

Bei der Tagung möchten wir versuchen, Widerstandsaktivitäten von Jüdinnen darzustellen und die Diskussionen, politische wie wissenschaftliche, um diesen Widerstand zu skizzieren. In einer Publikation des Holocaust Memorial Museum Washington wird geschätzt, daß zwischen 20.000 und 30.000 Jüdinnen in Widerstandsgruppen in Europa gegen das NS-Regime gekämpft haben. Dieser „Widerstand von Juden“ sollte allerdings unterschieden werden von „jüdischem Widerstand“, da die Motivationen, warum als Juden verfolgte Menschen in Europa im Widerstand waren, sehr unterschiedlich waren. Es macht also wenig Sinn, dafür einen Begriff zu verwenden.

Differenzierte Verwendung der Begriffe

Unter „jüdischem Widerstand“ versteht man den Kampf von Angehörigen der jüdischen Zwangsgemeinschaft gegen die eigentliche Vernichtungspolitik. Trotzdem bleibt der Begriff „jüdischer Widerstand“ aus mehreren Gründen problematisch. Antisemitismus hatte z. B. in Polen andere Formen

erlebt als in Deutschland, Juden in Polen erlebten den nationalsozialistischen Terror anders als assimilierte Juden in Wien oder Berlin, die sich etabliert hatten und sicher fühlten. Zum anderen wurde der Begriff jüdischer Widerstand häufig dann verwendet, wenn analysiert wurde, warum sich die jüdische Zwangsgemeinschaft kaum gewehrt hat - diese These wird u. a. von Raoul Hilberg vertreten. Er charakterisiert die Reaktion der jüdischen Bevölkerung mit dem nahezu vollständigen Fehlen von Widerstand. Eine Reihe von Vorurteilen findet man in den vermeintlichen Begründungen: Es wird von der Anpassung als Strategie des Umgangs mit Verfolgung gesprochen oder von Ausweichen durch Selbstmord, Untertauchen oder Flucht. Er schreibt in „Täter, Opfer, Zuschauer“: „Der in den Jahrhunderten eingeübte Rhythmus an-passlerischen Verhaltens wurde auch angesichts der Grube nicht durchbrochen“. Interessant ist außerdem, daß diese Position, das Fehlen von Widerstand zu betonen, zum einen die Möglichkeit von Widerstand voraussetzt (wobei Raoul Hilberg hier sehr genau die Bedingungen erläutert!), zum anderen diejenigen, die sich nicht wehren, an ihrem Schicksal mitschuldig werden läßt. Der Haltung, daß der Knecht an der Knechtschaft mitschuldig sein könnte, wird unter anderem bei Hegel im Kapitel „Der Kampf auf Leben und Tod“ Ausdruck verliehen. „Zum ersten Mal auch stürzten sich die jüdischen Opfer - gefangen in der Zwangsjacke ihrer Geschichte - physisch und psychisch in die Katastrophe“, schreibt Raoul Hilberg in diesem Sinn. Primo Levi formuliert im Hinblick auf die Gerechtigkeit der Welt, in der er nur mit Mühe überleben konnte: „Also kann ich wohl nicht umhin, als gerecht anzusehen, was danach kam.“

Die Betonung des Fehlens von Widerstand setzt ober die Möglichkeit dazu voraus.

Ein drittes Problem ist schließlich, daß versucht wurde und wird, jeden als Juden verfolgten Menschen, der im Widerstand tätig war, als jüdischen Widerstandskämpfer zu verstehen, wobei es sich zum Teil um eine Vereinnahmung für politische Ziele handelt, was von manchen Betroffenen abgelehnt wird, die zum Beispiel in ihrem Selbstverständnis Kommunisten im Kampf gegen den Faschismus waren. Trotz dieser Einwände ist es meiner Ansicht nach sinnvoll, den Begriff „jüdischer Widerstand“ zu verwenden, da das Belegen von Widerstand gegen die Vernichtung die richtige Antwort ist auf gleichnishafte Phrasen im Stile von „...wie die Schafe zur Schlachtbank“. In jedem Fall ist es aber wesentlich festzuhalten, daß allein die fordernde Frage nach Widerstand etwas Unerhörtes in sich birgt.

Arno Lustigers Buch „Zum Kampf auf Leben und Tod“ ist eine Reaktion auf die immer wieder vorgebrachte These, daß jüdischer Widerstand ein Randphänomen war. Er begegnet der These mit einer Reihe von Kurzbiographien von Widerstandskämpferinnen aus allen ihm bekannten Gruppen, eine Art Hommage an Personen, die bisher kaum Erwähnung fanden. Er schreibt von den Bedingungen des Widerstandes, von Konflikten der Beteiligten, ihren Erfolgen und ihrem Scheitern, Aus diesem Grund wird die Tagung im Zeichen von Widerstandsaktivitäten von Juden und Jüdinnen und der wissenschaftlichen und politischen Diskussion um diesen Widerstand stehen. Arbeitsgruppen und Filme runden das Programm ab.

Sepp Teichmann,
Mathematiker und Philosoph

Auschwitz war nicht die Hölle, sondern ein deutsches Konzentrationslager (Martin Walser)

Bericht von der Studienfahrt nach Auschwitz im Februar 1998.

Der deutsche Ortsname Auschwitz der polnischen Stadt Os-wiecim ist nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer Metapher für die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes geworden. Die Metamorphose dieses Namens zu einem Begriff hatte mehrere Folgen: Zum einen rückte die Stadt, die an der Schnellzugstrecke Wien-Warschau in der Nähe von Krakau liegt, im Bewußtsein mehr und mehr in den sogenannten Osten. Zum anderen wurde die (be-)greifbare Wirklichkeit eines Konzentrations- und Vernichtungslagers zum Unvorstellbaren, Unaussprechbaren, Unauslöschlichen, zu einem „Planeten“ außerhalb der Welt, was viel mehr über den Umgang mit den Überlebenden aussagt als über das Lager selbst. Auschwitz wurde auch zur ersten Sehenswürdigkeit Polens, wie mir ein polnischer Mathematiker versicherte.

Meine Ankunft war von einem vorhersehbaren Eindruck geprägt: In einem Zug den Bahnhof Auschwitz in der Nacht zu erreichen erweckte Assoziationen, deren Lächerlichkeit mir, als Tourist auf dem Weg vom Bahnhof zum Hotel, durch den Kopf geisterte. Erst das Innere des Hotels, das man eigentlich Jugendbegnungsstätte nennt, begann meine Aufmerksamkeit auf die Arbeit und die Vorstellungen der deutschen Organisation Aktion Sühnezeichen, die dieses Haus gründete, zu lenken.

Die Jugendbegegnungsstätte ist als Ort geplant, an dem sich Jugendliche aus Deutschland und Polen mit der Geschichte der problematischen Beziehung der beiden Länder auseinandersetzen. Warum sie in Oswiecim errichtet wurde, konnte ich nicht vollständig verstehen.

Bemerkenswert wurde die Auseinandersetzung mit dem Lager und seinen Museen durch die Möglichkeit, langsam mit den Orten vertraut zu werden, was den Organisatoren der Fahrt zu verdanken ist. Die spezifischen Bedingungen der Lager von Auschwitz, die mir größtenteils aus Literatur und Filmen bekannt sind, blieben natürlich abstrakt, auch während des Besuchs. Terror, Folter, Hunger und Durst, Ausbeutung und Vernichtung durch Arbeit, medizinische Experimente an Menschen und industrielle Vernichtung in den Gaskammern und Krematorien kennzeichneten den Alltag von Auschwitz von 1941 bis 1945: Es kann gelingen, die Abläufe nach-zuvollziehen, die Enge der Stehzellen ist spürbar, die Füße werden kalt in Birkenau, aber heute zerfallen die berühmten Betonpfähle der Stacheldrahtumzäunung durch die Witterung, Barackenöfen kippen um und werden wieder aufgestellt, Souvenirs, Bücher und Filme werden neben den berühmten Eingangstoren verkauft. Der Kampf gegen den Zerfall als Kampf für die Erinnerung?

Langsam Vertrautwerden mit der Geschichte dieses Ortes

Die Bedingungen in den Lagern werden nicht nur an den berühmten Orten der Gedenkstätte konkret, neben der emotionalen Monstrosität der Berge von Koffern, Brillen, Schuhen und Haaren blieben mir kleine Details sehr genau in Erinnerung: So war jede der Holzbaracken in Auschwitz-Birkenau, die nach dem Vorbild von Pferdeställen gebaut wurden, mit zwei gemauerten Öfen ausgestattet. Ihre Kamine, die heute das Erscheinungsbild von Birkenau prägen, waren durch eine am Boden verlaufende gemauerte Röhre verbunden, womit - angeblich durch strömenden warmen Rauch - die gesamte Baracke geheizt werden sollte. Das Prinzip, daß warmer Rauch aufsteigt und nicht absinkt, war vielleicht ebenso lebensbedrohlich wie unumstößlich für die Menschen in Birkenau, wie das Prinzip, daß sie zur Vernichtung bestimmt sind.

Sepp Teichmann

Telegramm

Wilna Gaon - jüdisches Museum Litauen

Neuerdings wird ein regelmäßig erscheinendes Rundschreiben an Museumsfreunde, Institutionen und Museen ausgesandt. Johannes Thaler und Markus Ebenhoch verfaßten für das erste Rundschreiben Artikel über vergangene Aktivitäten und Pläne des Museums, die Ausstellungseröffnungen, die Organisation der „Gaonkonferenz“ und Buch-publikationen umfaßte. Etwa 120 Kopien sollen zwei oder drei Mal jährlich verschickt sowie die Adressenliste aktualisiert werden.

Centre de Documentation Juive Contemporaine Paris

Eine bessere Nutzung der in der Bibliothek vorhandenen Bücher wurde durch die Gründung einer Karteikästchenklasse über Österreich verwirklicht. Da es für Forscher keinen direkten Zugang zu den Werken gibt, ist erst jetzt die Grundlage für das Auffinden „österreichischer“ Themen gelegt. Roland Königsgruber bemüht sich zudem um die Erstellung einer Karteikärtchenklasse zum Thema „Rechtsextremismus“ und „Revisionismus“ im Internet.

Zydowski Instytut Historyczny Warszawa

Markus Eberharter ist mit der Aufarbeitung der deutschsprachigen Emigrationspublikation „Pariser Tageszeitung“ beschäftigt: 1933 von Emigranten in Paris gegründet und zumindest bis 1940 erschienen, richtete sie sich an mitteleuropäische Emigranten. Ab 1937 verboten, wurde sie dennoch weitergeführt, seit 1939 unter dem Namen „antihitleristi-sches Tagblatt“. Es finden sich zahlreiche Briefe an das der Zeitung angeschlossene Reisebüro, die in berührender Weise Einzelschicksale dokumentieren: Emigranten bemühten sich über das Büro um Schiffskarten, Visas etc. oder fragten nach der billigsten Methode mit einem „J“ im Paß auszuwandern. Durch die Antwortbriefe mit den Bedingungen (Bezahlung, Wartefrist etc.) für die Ausreise entsteht ein realistisches Bild der schwierigen Lage der Menschen damals.

The Austrion Heritage Collection - Leo Baeck Institute New York

Bernhard Gäl und Christian Prasser sind zur Zeit an der Dokumentation der Geschichte der österreichisch-jüdisch Vertriebenen, die in die USA emigrieren mußten, beteiligt. Von November 1997 bis Februar 1998 ist es den beiden gelungen, etwa 100 weitere - zu den 4000 bekannten - Personen zu recherchieren, Fragebögen auszuschicken, eine Datenbank zu erstellen, zeitgeschichtliche Dokumente zu sammeln und oral-history Interviews zu machen.

United States Holocaust Memorial Museum Washington D.C.

Ein Archiv, das die seit Antritt des ersten Gedenkdienst-leistenden gemachte Arbeit beinhaltet, hat Thomas Huber angelegt. Zudem nimmt er an einem jeden dritten Mittwoch stattfindenden „German Club“ teil, einer gemischten Gesprächsrunde. Ein jetzt abgeschlossenes Projekt war der Vergleich namhafter Werke bezüglich deren Angaben über die Zahl der ermordeten Juden 1933-1945. Dies liegt im Rahmen der Zielsetzung des Museums, die Entwicklung im Bereich der Holocaustforschung zu fördern.

Holocaust-Dokumentationszentrum der Ungarischen Auschwitzstiftung Budapest

Mit dem Projekt Datenbankprogrammierung beschäftigt sich seit Jahresbeginn Christoph Prieler. Ziel ist die Errichtung einer Bibliothek fuer die Bücher und ein geeignetes Verwaltungsprogramm fuer die Dokumente. Zudem ist er mit der österreichischen Beauftragten in Bildungs-kooperation, Margot Wieser, sowie dem Ost- und Südosteuropa Institut an der Planung einer Seminarreihe fuer ungarische Lehrer beteiligt. Das Thema: Die Vermittlung des Holocausts im Geschichteunterricht. Weiters ist eine Konferenz

in Zusammenarbeit mit dem Ost- und Südosteuropa Institut und dem Institut fuer Zeitgeschichte in Wien fuer Mai in Planung: „Flucht und Deportation: österreichehe Juden in Ungarn, ungarische Juden in Österreich 1938-1945“.

Panstwowe Muzeum Oswiecim-Brzezinka

Vom 1.bis 7. Februar 1998 fand ein Gedenkdienst-Seminar in Auschwitz statt, das von Michael Samec mitgeplant wurde.

Zusammenstellung: Raphaela Kitzmantel